

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock  
und dessen Umgebung.

Erscheint  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die kleinsp.  
Zeile 10 Pf.

Abonnement  
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.  
Humorist. Blätter) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 56.

34. Jahrgang.  
Donnerstag, den 12. Mai

1887.

## Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg Mittwoch, den 18. Mai 1887, Nachmittags 3 Uhr

im Verhandlungs-Saale der unterzeichneten Amtshauptmannschaft.  
Die Tagesordnung ist aus dem Anschläge in der Hausflur des amtshaupt-  
mannschaftlichen Dienstgebäudes zu ersehen.  
Schwarzenberg, am 6. Mai 1887.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
Führ. v. Birjüng.

E.

## Bekanntmachung.

Diejenigen unbemittelten Einwohner hiesiger Stadt, welche Erlaubniß zum  
Eseholzsammeln für nächstes Jahr zu erhalten wünschen, werden hiermit aufge-  
fordert, sich bei Vermeidung der Nichtberücksichtigung bis spätestens

zum 15. Juni dieses Jahres

in hiesiger Rathregistratur zu melden.

Eibenstock, den 5. Mai 1887.

Der Stadtrath.

Völscher, Bürgermeister.

Rl.

## „Rußland für die Russen!“

So lautet das Rezept, das von Katlow verschrie-  
ben, die Gefundung des russischen Volkes und der  
russischen Finanzen herbeiführen soll. Der Satz klingt  
so einfach, daß sich kaum etwas gegen ihn einwenden  
läßt, denn in Wirklichkeit hat jeder Staat die nächst-  
liegende Pflicht, zunächst für sich und seine Ange-  
hörigen zu sorgen. Aber die Moral der Völker ist  
nicht so sehr von der Moral des Einzel-Individuums  
verschieden, daß der blanke Eigennutz als eine Tugend  
des Staates erscheinen könnte. Sie ist nicht nur  
keine Tugend, sie ist sogar noch nebenher eine ...  
Unflugheit.

In Rußland sollen die Eisenzölle abermals und  
zwar so bedeutend erhöht werden, daß eine Einfuhr  
fast zur Unmöglichkeit wird. Die deutsche Industrie  
hat diese Politik un schwer voraussehen können und  
ihre dadurch zu bezeugen gesucht, daß sie in Rußland  
nahe der Grenze Eisenwerke anlegen ließ, denen sie  
Erze zur Weiterverarbeitung schickte. Nun hat der  
Zar einen Befehl erlassen, daß ein fernerer Geset-  
zgebungsmassnahmen ausgearbeitet werden soll gegen die „Anfied-  
lung fremder Unterthanen an der westlichen Grenze  
des Reiches“ und gegen die Verwendung ausländi-  
scher Arbeiter in den bereits bestehenden Etablisse-  
ments dieser Art.

Das Bestreben Rußlands ist also darauf gerichtet,  
sich wirtschaftlich gegen uns vollständig abzusperren.  
Es ist das sein gutes Recht und es wird wohl Nie-  
mand den Versuch machen, auf dem Wege selbst des  
„sanftesten Zwangs“ von derjenigen Wirtschaftspolitik  
abzuhalten, die es für die richtige hält. Auch in  
Deutschland besteht ja der Schutz der nationalen Ar-  
beit, wie könnten wir deshalb auf Rußland erbittert  
sein, wenn es gleichfalls einen solchen für sein Ge-  
biet proklamirt.

Rußlands Industrie ist erst im Entstehen begriffen;  
was sie bereits ist, wurde sie erst durch deutsche Kraft,  
deutsche Ingenieure, deutsche Werkmeister, deutsche  
Vorarbeiter. Man glaubt in Rußland nun so weit  
zu sein, dieser deutschen Beihilfe entzathen zu können  
und darin allerdings dürfte man sich verrechnet haben.  
Wenn man heute alle deutschen Arbeitskräfte aus  
dem Carenreiche verjagte, so müßten schon nach Jah-  
resfrist oder noch früher gute Worte gegeben werden,  
daß die Ausgewiesenen auf ihre Plätze zurückkehrten.  
Aber darin gerade wurzelt zum großen Theil der  
Deutschenshaß in Rußland, daß alle qualifizierte Arbeit  
überwiegend von Deutschen geleistet wird. Die grobe  
Arbeit verrichten die fleißigen, aber wenig intelligenten  
Rußen.

Der Bodenreichtum Rußlands ist erstaunlich;  
aber es fehlen die Kräfte, ihn zu heben. Der rus-  
sische Bergbau hat nur im Ural einige Bedeutung;  
sein Betrieb ist aber auch dort nicht rationell und  
wird zu fünf Siebenteln durch Strafgefangene, die  
zur Zwangsarbeit verurtheilt sind, betrieben. In  
Wolhynien und längs der Wolga ist die Industrie  
schon kräftig entwickelt (von den deutschen Ostsee-  
provinzen nicht zu reden), aber überall in den Fabriken  
herrscht das deutsche Element vor.

Was bedeutet dem gegenüber die Absperrung des  
deutschen Eisens, was die Ausschließung deutscher  
Arbeiter von deutschen Etablissements, die nahe der  
deutschen Grenze in Betrieb sind? Die panslawisti-  
schen Blätter machen dafür politische und volkwirt-  
schaftliche Gründe geltend, aber sie können nicht hin-

wegdiskutiren, daß jene Maßregeln ein zweischneidiges  
Schwert sind. Hohe Finanzzölle könnte Rußland ge-  
brauchen, sie müßten getragen werden, -- aber Zölle,  
die die Einfuhr unmöglich machen, haben für Ruß-  
land keinen Sinn. Denn erstensmal bringen sie dem  
Staatsfiskus nichts zu und zweitensmal vertheuern  
sie der Industrie, der jungen, sich entwickelnden In-  
dustrie ganz unnötig die Rohprodukte; bei der Art  
und Weise, wie in Rußland der Bergbau betrieben  
wird, ist dies nur allzu erklärlich. Da verdient der  
Unternehmer nichts und der Konsument zahlt trotz-  
dem theuer.

Man sagt, die russischen Eisenzölle seien Repres-  
sallen für die deutschen Kornzölle. Das mag sein,  
wäre aber ungerechtfertigt. Die deutschen Kornzölle  
haben die Einfuhr russischen Getreides nach Deutsch-  
land nicht gehindert und bringen dem Reichsfiskus  
jährlich Duzende von Millionen ein, die sonst auf  
andere, vielleicht drückendere Weise aufgebracht werden  
müßten. Zudem sind seit Einführung der Zölle die  
Kornpreise nicht in die Höhe gegangen. Die russischen  
Eisenzölle dagegen sind nicht Finanz- und nicht Schutz-  
zölle, denn in Rußland giebt es eben nichts zu schützen.  
Da thut die deutsche Konkurrenz erst recht noth, um  
den unverwundlichen Schlandrian etwas auf die Beine  
zu bringen.

Ueber die neuesten russischen Zollmaßregeln  
bemerkte die „R. Z.“ anscheinend offiziös, dieselben seien  
ein Ereigniß von sehr ernster Bedeutung, ein Schlag  
gegen die deutsche Industrie, auch gegen die von  
Deutschen in Rußland begründete, der für manchen  
Zweig derselben nahezu vernichtend sein dürfte, ein  
Schlag aber auch ins Gesicht der früheren russischen  
Politik und der heutigen amtlichen russischen Staats-  
lenker. Die Maßregel beweise, daß die Katlow'sche  
Richtung in Rußland über die wirkliche Macht und  
den Willen des Kaisers verfügt, nicht aber die beson-  
nene Partei, an deren Spitze Herr von Siers steht.  
„So brutale Maßnahmen, wie sie der jetzige russische  
Finanzminister durchgesetzt hat, können nicht ohne  
Rückwirkung auf das politische Verhalten zu dem Nach-  
barlande bleiben, gegen das sie gerichtet sind, und  
man wird nicht fehlgehen mit der Annahme, daß sie  
gerade zu diesem Zweck beschlossen wurden. Die bei  
uns in Gang gekommene Bewegung auf Verdoppel-  
ung der Getreidezölle hat durch die neuesten russischen  
Maßnahmen eine gewaltige Stärkung erhalten.“

## Tagesgeschichte.

— Deutschland. An unterrichteten Stellen  
wird bestritten, daß die von den Offizieren angekündigt  
gewesene Absicht, ein deutsches Spionagegesetz zu  
erlassen, thatsächlich jemals vorhanden gewesen sei.  
Diese Drohung gehörte gewissermaßen zu den begleiten-  
den Nebenumständen des Schnäbelfalles und hatte  
dort auch ihren richtigen Platz. Seitdem die Affäre  
beigelegt ist, läßt man auch das Spionagegesetz dahin  
fallen, wohin es gehört, und zwar unter den Tisch.  
Man kann sich nämlich nicht recht vorstellen, wie ein  
solches Gesetz beschaffen sein muß, um mehr zu leisten,  
als es die vorhandenen gesetzlichen Mittel ohnehin  
schon thun.

— Oesterreich. Was der Abg. Kroy in der  
Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses am  
Donnerstag sagte, ist zwar selten in einem Parlamente  
vernommen worden, aber doch nicht mehr unerhört.

Seine zweistündigen Ausführungen über die Verwalt-  
ung des Ministeriums Taaffe waren darauf berechnet,  
die Behauptung zu unterstügen, mit der er schloß:  
die Behauptung, daß die Regierung durch die Be-  
günstigung der Slaven und ihrer Bestrebungen, die  
Deutschen zu unterdrücken und auszubeuten, den  
Bürgerkrieg in Oesterreich entzünden und die  
Deutsch-Oesterreicher zum Anschluß an das Deutsche  
Reich drängen wird. — Der Sprachenantrag Schmer-  
ling ist vom Hause abgelehnt worden. Die Tscheki-  
sierung Deutsch-Oesterreichs geht also fortan ihren  
ruhigen Gang — in einem halben Jahrhundert späte-  
stens giebt es keine deutsche Stadt Wien mehr.

— Frankreich. Ueber das Treiben gewisser  
Kreise in Frankreich läßt sich die „Voss. Ztg.“ von  
ihrem Pariser Korrespondenten melden: „Es ist wohl-  
verstand, daß die große Mehrheit des französischen  
Volkes keinen Krieg will und daß die Regierung fest  
entschlossen ist, ihn in keinem Falle zu erklären, schon  
darum nicht, weil sie zu wissen glaubt, daß gewisse  
Bündnisse Deutschlands nur in dem Falle gültig sind,  
wenn die Kriegserklärung von Frankreich ausgeht.  
Aber bei alledem thun gewisse Blätter hier ihr Mög-  
lichstes, um keine Friedensstimmung und Beruhigung  
aufkommen zu lassen. Es ist ganz schön, diesen  
Blättern jede politische Bedeutung abzusprechen. Letz-  
tere haben sie in der That nicht, insofern als keine be-  
stimmten Parteien und keine leitenden Persönlichkeiten  
hinter ihnen stehen. Aber das hindert doch nicht,  
daß sie täglich von Zehntausenden, wie die „France“,  
oder von Hunderttausenden, wie die „Lanterne“, gele-  
sen werden, und in weiten Volkskreisen eine Erbitterung  
und einen Haß nähren, der sich bei jeder Gele-  
genheit und zuletzt wieder bei den Lohengrin-Ausläu-  
fen in einer Weise kundgiebt, welche unter Umständen  
für den Frieden gefährlich werden kann. Seit der  
Freilassung des Herrn Schnäbels pflegt diese Gattung  
von Heißblättern die Spionensjagd mit einem Eifer,  
wie man ihn seit der Belagerung von Paris nicht  
gekant hat. Jeden Tag wird an den verschiedensten  
Punkten des französi. Gebiets mindestens ein halbes  
Duzend deutscher Spione entdeckt. Einmal ist es ein Ar-  
beiter in einer Kerzenfabrik, der plötzlich verschwindet  
und einen deutlichen Spionengeruch hinter sich zurück-  
läßt. Ein andermal ist es ein Mönch, der in Beglei-  
tung zweier Nonnen (ein sicheres Mittel, um unbemerkt  
zu bleiben!) auf den Landstraßen herumstreicht und  
Festungen aufnimmt. Ein drittes Mal ist es ein  
Fabrikant, dann wieder eine Gouvernante u. s. w.  
Jedesmal ist der Spion mindestens Ulanen-Rittmeister;  
die Arbeiter in den Fabriken, die Kellner u. s. w. sind  
sogar Stabsoffiziere und die angeblichen Dienstmäd-  
chen und Erzieherinnen Töchter oder Frauen von  
Obersten und Generalen. Diese blödsinnigen Ge-  
schichten werden von den Heißblättern mit großer Um-  
ständlichkeit, immer mit einem Aufwande von Eigen-  
namen und Zahlen vorgetragen, von den meisten an-  
deren Zeitungen triumphirend nachgedruckt und von  
der Menge blind geglaubt. Daß kein einziger dieser  
angeblichen Spione jemals — trotz dem Spionage-  
gesetz — vor den Richter gestellt wird, erschüttert die Leute in  
ihrem Vertrauen nicht und es ist somit ganz erklär-  
lich, wenn das Kriegsgeschrei kein Ende nimmt.“

— Französische Mobilisierungsprobe.  
Wie die „Agence Havas“ meldet, unterzeichnete Grevy  
ein Dekret betreffend die Einbringung eines Gesetz-  
entwurfs über einen Mobilisierungsversuch, welcher im